

CCS-Gesetz: Land lehnt Verantwortung ab

Bürgerinitiative warnt vor „schleichendem Tod“

Von Christian Wohlt

MAGDEBURG. Es kommt nicht alle Tage vor, dass Oliver Wendenkampf, Landesgeschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Landesregierung lobt. „Ich freue mich über den Schulterchluss mit dem Wirtschaftsministerium in Sachen CCS-Gesetz“, erklärte er.

Der BUND hatte gestern in Magdeburg zu einer Pressekonferenz eingeladen, um seinen Standpunkt zum von der Bundesregierung vorbereiteten Gesetzentwurf zur Erprobung der Kohlendioxid Abspeicherung und Einlagerung (Carbon Dioxide Capture and Storage – CCS) vorzubringen. Mit dabei: Vertreter der Bürgerinitiative „Kein CO₂-Endlager Altmark“. Beide lehnen die CCS-Technologie und strikt ab. Ein solches Gesetz sei daher überflüssig.

Diese kategorische Haltung teilt Wirtschaftsminister Reiner Haseloff (CDU) nicht. „Die Notwendigkeit, dass der Bund derzeit ein CCS-Gesetz entwickelt, resultiert aus einer Richtlinie der EU, bis zum nächsten Jahr diesbezüglich nationales Recht schaffen zu müssen“, stellt er gegenüber der Altmark-Zeitung klar. „Ob die CCS-Technologie ein geeignetes klima- und energiepolitisches Mittel ist, kann derzeit nicht eingeschätzt werden. Die aktuelle Informationslage ist so, dass den bisher entwickelten Vorstellungen des Bundes nicht zugestimmt werden kann, weil die Sicherheitsstandards abgesenkt sind und die Verantwortung nach 30 Jahren auf die Länder übergehen soll“, so Haseloff.

Als „menschenverachtend“ bezeichnete BI-Mitglied Roger Amelung den Gesetzentwurf, weil die Menschen in der Alt-

mark durch die geplante Verpressung von Kohlendioxid in frühere Erdgaslagerstätten unkalkulierbaren Risiken ausgesetzt würden.

So befürchtet Amelung, dass das Grundwasser vergiftet werden könnte. Es sei nicht ausgeschlossen, dass das Gas an unkontrollierbaren Stellen austrete und sich unbemerkt zum Beispiel in Erdsenken sammle. „Wer sich darin aufhält ist in zwei Minuten tot“, malte er ein Horrorszenario an die Wand.

Amelung bezweifelt, dass es der Bundesregierung mit dem CCS-Gesetz nur um die Erprobung der Technologie geht. Vielmehr soll bereits der Einstieg in die Anwendung erfolgen. Die Altmark sei bewusst als Standort ausgewählt worden, weil in der dünn besiedelten Region der geringste Widerstand zu erwarten sei.

Mit dem CCS-Verfahren soll

vornehmlich Kohlendioxid, das bei der Kohleverstromung frei wird, abgeschieden und eingelagert werden, um es nicht in die Atmosphäre zu blasen. Neue Kohlekraftwerke mit dieser Technologie lehnt der BUND ebenfalls strikt ab. Sie seien teuer und ineffizient.

Eine Alternative sieht Wendenkampf lediglich im Ausbau regenerativer Energien. In der Entwicklung von anderen Technologien, um vorhandenes Kohlendioxid aus der Atmosphäre zu filtern, sieht er keine Perspektive zur Bekämpfung des Klimawandels. Allenfalls auf natürlichem Weg durch Wiederaufforstung und Erhalt von Wäldern und Mooren solle das weitere Ansteigen der Kohlendioxid-Konzentration in der Luft gebremst werden. „Der beste CO₂-Speicher ist die Kohle, wo sie heute liegt“, so Wendenkampf.